

Global March Against Child Labour Deutsches Bündnis

Koordination: Werkstatt Ökonomie e.V., Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg
Tel.: 06 221 – 720 296, Fax: 06 221 – 781 183, eMail: werkstatt_oekonomie@t-online.de

Neues Übereinkommen über schlimmste Formen von Kinderarbeit

**Bundesregierung soll die Umsetzung des Übereinkommens aktiv unterstützen
und das IPEC-Programm der ILO weiterhin fördern**

**Pressemitteilung
17. Juni 1999**

Heute beschließt die Internationale Arbeitskonferenz am letzten Tag ihrer 87. Tagung ein Übereinkommen und eine Empfehlung „über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“. Die Aktion „Brot für die Welt“, das Bischöfliche Hilfswerk Misereor, die Kindernothilfe, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland, der Bund der Deutschen Katholischen Jugend und Fair Trade, die gemeinsam das Deutsche Bündnis für den Global March bilden, beurteilen das neue Übereinkommen insgesamt positiv, da es die Staaten zu verbindlichen Maßnahmen verpflichtet. Unter anderem sieht das Übereinkommen konkrete Aktionsprogramme zur Abschaffung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit unter Ein-schluß von Rehabilitationsmaßnahmen vor. Des weiteren sollen die Staaten allen Kindern, die nicht mehr unter schlimmsten Bedingungen arbeiten müssen, freien Zugang zur Grundbildung ermöglichen und gegebenenfalls berufliche Bildungsprogramme bereitstellen.

Damit greifen die neuen Instrumente zentrale Forderungen des Global March auf, der im ver-gangenen Jahr von rund 1400 Organisationen in über 100 Ländern getragen wurde. Dessen Trägerorganisationen beteiligten sich sowohl im vergangenen als auch in diesem Jahr an den Beratungen der Internationalen Arbeitskonferenz.

Allerdings konnten die Nichtregierungsorganisationen nicht alle Forderungen durchsetzen. So gelang es einigen südasiatischen Regierungen im Verlauf der Konferenz, einen engen Begriff schlimmster Formen von Kinderarbeit durchzusetzen. Sie erreichten, daß das neue Überein-kommen jene Formen von Kinderarbeit nicht zu den schlimmsten rechnet, die systematisch jeden Zugang zu Maßnahmen der Grundbildung verhindern. Von solchen Formen sind vor allem Mädchen als Hausangestellte betroffen, die aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen nie die Chance einer auch nur elementaren Bildung erhalten.

Ein vollständiges Verbot von Kindersoldaten scheiterte vor allem am Widerspruch der USA. Da das neue Übereinkommen alle Personen unter 18 Jahren als „Kinder“ bezeichnet, hätte ein vollständiges Verbot die geltende Rechtslage in den USA berührt, die den Militärdienst von 17jährigen auch im Krieg zuläßt. Daher beschränkt sich das neue Übereinkommen auf das Verbot einer Zwangsrekrutierung von Kindern für den Einsatz in bewaffneten Konflikten.

Dies ist unbefriedigend. Deshalb erwartet das Deutsche Bündnis für den Global March, daß die Verhandlungen der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen über ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention von 1989 zum umfassenden Verbot von Kindersoldaten zügig zum Abschluß gebracht werden.

Unbefriedigend bleibt weiter, daß das neue Übereinkommen nur schwache Bestimmungen zur Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen an der Entwicklung und Durchsetzung von Aktionsprogrammen zur Beseitigung schlimmster Formen von Kinderarbeit vorsieht. Gegen eine umfassendere Beteiligung wehrten sich vor allem viele Gewerkschaften aus Ländern des Südens in der Befürchtung, Regierungen könnten Nichtregierungsorganisationen zur Schwächung von Gewerkschaften benutzen.

Doch trotz dieser Mängel ist das neue Übereinkommen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Vor allem die ausführlichen Bestimmungen über Maßnahmen zur Durchsetzung des Verbotes schlimmster Formen von Kinderarbeit stellen eine begrüßenswerte Weiterentwicklung der Ausgestaltung von Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation dar. Für die Konkretisierung dieser Maßnahmen enthält die völkerrechtlich unverbindliche Empfehlung wichtige Kriterien. Daher fordert das Deutsche Bündnis für den Global March von Bundesregierung und Bundestag, diese Kriterien in der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen. Hierbei sollten Maßnahmen Vorrang haben, die sich gegen versteckte Formen der Kinderarbeit und gegen besonders verwerfliche Ausbeutung von Mädchen wenden. Erforderlich ist weiter, daß die Bundesregierung auch künftig das Internationale Programm zur Beseitigung der Kinderarbeit (IPEC) der Internationalen Arbeitsorganisation finanziell unterstützt und dabei auf die Beachtung der neuen Empfehlung drängt. Mit Entschiedenheit protestiert das Deutsche Bündnis für den Global March gegen Überlegungen, die deutsche Förderung von IPEC einzustellen.

Die Trägerorganisationen des Deutschen Bündnisses für den Global March sind gerne bereit, bei der Umsetzung dieser Forderungen Bundesregierung und Bundestag zu unterstützen und auf diese Weise an die sehr gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren anzuknüpfen.

**Brot für die Welt, Misereor, Kindernothilfe e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund,
Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland,
Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Fair Trade e.V.**

Stuttgart, Aachen, Duisburg, Hannover, Düsseldorf und Wuppertal, 17. Juni 1999